

Apple-Zulieferer veröffentlicht

SAN FRANCISCO sda. Apple hat erstmals seine weltweite Zuliefererliste offengelegt. Der sonst so geheimniskrämerische Konzern gab am Freitag überraschend die Namen seiner 156 meist in Asien ansässigen Lieferanten bekannt. Damit sind nun 97 Prozent der Unternehmen publik, mit denen die Amerikaner bei der Herstellung der Geräte zusammenarbeiten. Apple will mit der Veröffentlichung der Kritik an Missständen und schlechten Arbeitsbedingungen bei Zulieferern entgegenreten.

Die Liste birgt wenige Neuigkeiten. Neben Foxconn sind unter anderem der taiwanische Konzern Hon Hai Precision und Samsung Electronics aufgeführt. Zuletzt hatte vor allem Apple-Lieferant Foxconn immer wieder für Schlagzeilen gesorgt. Dort kam es im vergangenen Jahr zu einer Reihe an Selbstmorden. Zudem gab es Nachrichten von verheerenden Arbeitsbedingungen.

Regelmässige Kontrollen

Apple nimmt nach eigenen Angaben seit Jahren regelmässig Überprüfungen vor und fasste diese nun zusammen. Demnach fand der Konzern bei seinen Zulieferern sechs Fälle von Kinderarbeit sowie 13 Fälle, in denen zuvor Minderjährige als Arbeitskräfte eingestellt worden waren.

«Mit jedem Jahr erweitern wir unser Programm, schauen uns unsere Zuliefererkette genauer an und machen es schwerer, die Auflagen zu umgehen», sagte Apple-Chef Tim Cook der Nachrichtenagentur Reuters. All das bedeute, dass die Belegschaften «mit jedem Jahr besser und besser behandelt» würden. Allerdings müsse noch viel getan werden, gab Cook zu. Die Veröffentlichung wird von Beobachtern als weiterer Hinweis gesehen, dass Cook den Konzern nach dem Tod von Steve Jobs transparenter ausrichten will. Während Jobs ein Verfechter davon war, so wenig wie möglich bekannt zu geben, beschreitet Cook mit der Veröffentlichung der Zuliefererkette einen neuen Weg.

Millionen Computer infiziert

INTERNET Ein Virus hat Computer weltweit befallen. Die Hintermänner sind gefasst. Trotzdem könnte der Virus auch für einige Schweizer Nutzer noch Folgen haben.

DOMINIK BUHOLZER
dominik.buholzer@luzernerzeitung.ch

«DNS-Changer» lautet der Name des digitalen Schädlings. Das tönt harmloser, als das Programm wirklich ist. Internetkriminelle drängen mittels dieser Software in Millionen von Computern weltweit ein und verändern das DNS von PCs und Macs. Das DNS, das Domain Name System, ist einer der wichtigsten Dienste im Internet, welcher für die Umsetzung von Namen (URLs) in IP-Adressen verantwortlich ist, oder anders ausgedrückt den Datenverkehr im Internet steuert.

Der Virus «DNS-Changer» leitete bei Abfrage populärer Webseiten unbemerkt auf eine manipulierte Version um, wo betrügerische Aktivitäten wie beispielsweise die Verbreitung angeblicher Antivirensoftware, Klickbetrug oder der Verkauf nicht lizenzierter Medikamente stattfanden. Zudem sendeten die Kriminellen gezielt manipulierte Werbeeinblendungen an infizierte Rechner, veränderten Suchergebnisse und luden weitere schädliche Software auf die Computer.

FBI verhaftet sechs Esten

Mittlerweile ist die kriminelle Bande handlungsunfähig. Im vergangenen November beschlagnahmte die amerikanische Bundespolizei FBI in Zusammenarbeit mit den europäischen Behörden bei einer Razzia in New York mehr als 100 Server und verhaftete sechs Männer aus Estland. Ein russischer Verdächtiger ist noch auf der Flucht. Die Server leiten die Anfragen nicht mehr auf manipulierte Webseiten. Vom Netz genommen

wurden die Server bislang aber noch nicht. Denn die Computerbande leistete ganze Arbeit. Weltweit sind mehr als 4 Millionen Computer infiziert, in Deutschland sind täglich 33 000 betroffen, und laut ersten Hochrechnungen der Schweizer Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani) des Bundes dürften es wohl über 3000 in der Schweiz sein.

Die hohe Zahl betroffener Computer schreckte die amerikanischen Behörden bislang davon ab, die Server vom Netz zu nehmen. «Ohne Vorwarnung hätte dies dazu geführt, dass bei vielen Benutzern das Internet plötzlich nicht mehr funktioniert hätte und der Grund nicht von vornherein bei der Schadsoftware gesucht worden wäre», sagt Marc Henauer von der Melani.

Am 8. März wird abgeschaltet

Jetzt sollen die Server aber bald verschwinden. Am 8. März entfernen sie die amerikanischen Behörden. Dies macht laut Marc Henauer auch Sinn. «Auch wenn die Software heute keinen Schaden mehr anrichtet, so stellt sie doch ein latentes Sicherheitsrisiko dar», sagt er. Wer einen Computer hat, der infiziert ist, und dies nicht ändert, wird ab 8. März keine Webseiten mehr im Internet aufrufen können. «Bei Privathaushalten wird dies für rote Köpfe sorgen, bei Unternehmen kann dies aber ans Geld gehen», gibt Henauer zu bedenken. Um dies zu vermeiden, empfehlen die Behörden, auf www.dns.de zu prüfen, ob das Computersystem vom Schadprogramm «DNS-Changer» betroffen ist. Ist dies der Fall, gibt es auf der Website www.dcwg.org eine Anleitung, wie man die DNS-Einstellungen manuell überprüfen kann. Bei einer Infektion empfiehlt Melani, sich an ein Computerfachgeschäft zu wenden. Zur Reinigung des Rechners können Betroffene auch die unter www.botfrei.de bereitgestellten Programme wie «DE-Cleaner» nutzen.

HINWEIS

► Weitere Informationen erhalten Sie unter www.melani.admin.ch



«DNS-Changer» hat in der Schweiz über 3000 Rechner infiziert.

Getty

Wie viele umweltfreundliche Wohnungen können wir uns leisten?

Weitherum wird beklagt, dass zur energetischen Optimierung des Gebäudeparks der Schweiz dringend mehr Sanierungsanstrengungen nötig seien. Die Hauseigentümer werden mit verschiedensten Anreizen zu energetischen Sanierungen motiviert. Trotzdem würde es beim heutigen Tempo über 50 Jahre dauern, bis sämtliche Schweizer Gebäude vollständig saniert wären.

Wieso machen die Hauseigentümer nicht mehr, damit es schneller geht? Die Mietbelastung hat für viele Haushalte eine Schmerzgrenze erreicht. Nicht nur in Zug und Zürich, auch anderswo sind die Mieten neuer Wohnungen in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Schere zwischen Neumieten und Altmieten hat sich immer mehr geöffnet. Langjährige Mieter, die durch das Mietgesetz geschützt sind, müssen bei einem Umzug plötzlich massive Aufschläge von teilweise 50 Prozent und mehr verkraften.

Die Einkommensstatistik des Bundes (siehe Grafik) zeigt, dass 36 Prozent der Steuerpflichtigen weniger als 4000 Franken pro Monat und 55 Prozent weniger als 5000 Franken pro Monat verdienen. Ein Haushalt kann 25 bis 30 Prozent seines Einkommens für die Wohnkosten ausgeben. Das bedeutet, dass 36 Prozent der Wohnungen günstiger als 1200 Franken pro Monat und 56 Prozent der Wohnungen günstiger als 1500 Franken (inklusive Nebenkosten) sein sollten, damit die Mieter sie sich auch tatsächlich leisten können. Zum Vergleich: Eine 60 Quadratmeter grosse Zweieinhalbzimmerwohnung im Kanton Luzern 2010 für zirka 1450 Franken pro Monat vermietet (inklusive Nebenkosten), während die Durchschnittsmiete bestehender Wohnungen bei zirka 1050 Franken liegt. Diese günstigen

Wohnungen im Bestand würden bei einer Sanierung «vernichtet».

Neubauwohnungen können heute kaum zu so günstigen Preisen produziert werden. Nicht nur die gestiegenen Bedürfnisse (die Wohnfläche pro Person hat sich zum Beispiel seit 1960 fast verdoppelt) haben zu den höheren Mieten geführt. Durch die verschärften behördlichen Auflagen sind die Baukosten für eine durchschnittliche Viereinhalbzimmerwohnung seit 1972 zusätzlich um rund 40 000 bis 50 000 Franken gestiegen.

Offensichtlich verhalten sich die Eigentümer sehr rational, wenn sie nicht einfach alles umsetzen, was von der Politik gefordert und auch gefördert wird. Ein grosser Teil der Haushalte ist auf ältere Wohnungen mit für sie bezahlbaren Mieten angewiesen. Die Eigentümer würden bei zu intensiven Sanierungen ganze Bevölkerungsschichten verdrängen.

Wo ist anzusetzen, damit das Ziel des nachhaltigen Gebäudebestandes erreicht werden kann? Eigentümer bestehender Objekte sollen sich sehr genau überlegen, welche Teilsanierungen ein positives Kosten-Nutzen-Verhältnis haben.

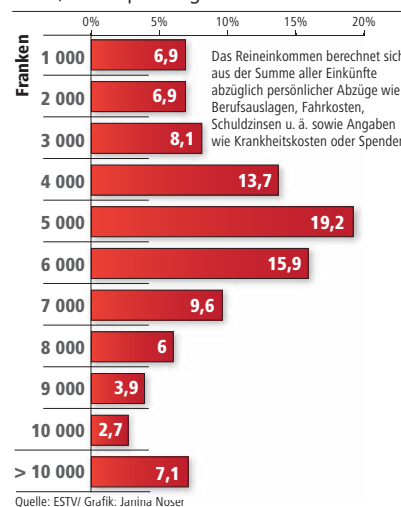
Häufig kann mit einer Fassadensanierung, einem Fensterersatz oder einer besseren Dämmung des Daches eine wesentliche Energieeinsparung erreicht werden. Weil dadurch für die Mieter auch die Nebenkosten sinken, kann der Mietzins erhöht werden, ohne dass die Belastung für den Mieter wesentlich steigt. Das technisch mögliche Maximum ist häufig nicht sinnvoll.

AUSSICHTEN

Die öffentliche Hand ist gefordert, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Neue Gesetze und Normen müssen auf ihre Kostenwirkungen untersucht und auf das Wesentliche beschränkt werden. Mit der Gewährung eines Ausnützungsbonus für energetische Sanierungen von Altbauten könnten die Kostenfolgen abgefedert werden. Weiter ist dafür zu sorgen, dass das knappe Angebot da erhöht wird, wo es am meisten gebraucht wird: in den Städten. Das statistische Amt des Kantons Zürich hat gezeigt, dass durch innere Verdichtung dreimal mehr Wohnraum gewonnen werden kann als auf den unbebauten Baulandreserven. Das ist doppelt nachhaltig, weil wenig Zusatzverkehr entsteht und ein Grossteil der Infrastruktur bereits vorhanden ist.

Die Erfahrung zeigt, dass der Markt spielt: bei Leerstandsquoten, die gegen null tendieren, ist kaum ein Investor motiviert, preisgünstig zu bauen. Wenn die Leerstände durch eine Angebotsausdehnung steigen, werden wesentlich mehr Investoren die Knochenarbeit auf sich nehmen, die es braucht, um intel-

Verteilung des Reineinkommens 2010, Steuerpflichtige in Prozent



Das Reineinkommen berechnet sich aus der Summe aller Einkünfte abzüglich persönlicher Abzüge wie Berufsauslagen, Fahrkosten, Schuldzinsen u. ä. sowie Angaben wie Krankheitskosten oder Spenden.

ligente, kostengünstige Wohnungen zu erstellen und zu erhalten.

Unabhängig von all diesen Faktoren werden in den nächsten 20 Jahren aufgrund ihres Alters über 300 000 Mehrfamilienhäuser saniert werden müssen. Konzepte, wie das sowohl ökologisch als auch sozial verträglich geschehen kann, sind noch zu wenig ausgereift und müssen erarbeitet werden. Ent-

sprechende Forschungsprojekte zwischen interessierten Firmen und der Hochschule Luzern laufen. Die Immobilien- und Baubranche bleibt gefordert.

HINWEIS

► Dr. Markus Schmidiger ist Studien- und Projektleiter Immobilienmanagement an der Hochschule Luzern. ◀